

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 03.12.2024, Abschlussberatungen Doppelhaushalt

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 10:30 Uhr

Ende: 13:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup

anwesend bis 13:30 Uhr

Frau Elke Grünewald

Herr Bernd Henrichsmeier

Frau Tanja Orlowski

SPD

Frau Brigitte Biermann

Herr Björn Klaus

Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Romy Mamerow

Herr Klaus Rees

Herr Janko Spieker

Herr Thies Wiemer

anwesend bis 13 Uhr

FDP

Herr Gregor vom Braucke

AfD

Herr Maximilian Kneller

anwesend bis 12:20 Uhr

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Michael Gugat

Schriftführung

Frau Kerstin Gast

Von der Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel

Frau Wemhöner (Amt für Finanzen)

Herr Vahle (Amt für Personal)

Herr Meier (Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen)

Herr Funke (Amt für Finanzen)

Herr Nolting (Amt für Personal)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Rees stellt zum zweiten Tag der Abschlussberatungen die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Tagesordnung einverstanden.

Er schlägt vor, da die zurückgestellten Positionen und die eingereichten Anträge zum Teil identische Zielrichtungen und auch identische Inhalte haben, bei den zurückgestellten Punkten die passenden Anträge aufzurufen.

Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Ergebnis der Beratungen am 02.12.2024 und Entscheidungen über zurückgestellte Positionen

Herr Rees ruft zum Ergebnis des Vortages in Erinnerung, dass zu Ziffer 134 der Veränderungsliste Ergebnisplan (Konzept Stadttauben) eine Befristung der Maßnahme bis einschließlich 2027 und dadurch eine Ansatzreduzierung von je 75.000 € in den Jahren 2028 und 2029 beschlossen wurde.

-.-.-

Zu Punkt 1.1 Empfehlungen der Bezirksvertretung Heepen zu den Haushaltsplanberatungen des Doppelhaushaltes 2025/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9160/2020-2025

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss zu beschließen:

1. Für die Sanierung des Bahnhofs Brake (inkl. barrierefreien Ausbaus) werden entsprechende Mittel in die Finanzplanung aufgenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezeichnung der Finanzstelle 17008220 „Hillegosser Straße (Fahrradstraße)“ in „Hillegosser Straße (Umgestaltung des Heeper Ortskerns)“ zu ändern.
3. Für den Ausbau einer qualifizierten Haltestelle mit Querungshilfe für die Schnellbuslinie S 15 an der Engerschen Straße im Bereich Blackenfeld werden Mittel in den Haushalt eingestellt.

getrennte Abstimmung einzelner Punkte:

Ziffer 1: Verweis an den Stadtentwicklungsausschuss als Fachausschuss

Ziffer 2: wird zugestimmt

Ziffer 3: Verweis an den Stadtentwicklungsausschuss und auf die Inhalte der Vorlage zu TOP 9, Dr. 8441/2020-2025/1

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Veränderungslisten zurückgestellte Entscheidungen

Die Veränderungslisten Ergebnisplan und Stellenplan mit den gestern ver-
tagten Positionen sind im System hinterlegt.

Zu den zurückgestellten Positionen der Veränderungslisten wurden fol-
gende **Beschlüsse** gefasst:

Anlage Ergebnisplanung:

Zu den Ziffern 5 und 6 (Rats-TV) liegen Anträge Dr.-Nr. 9194/2020-2025
(TOP 2.3) von Koalition und CDU sowie Dr.-Nr. 9217/2020-2025 (TOP
2.27) der FDP vor. Die Beratung der Anträge wird vorgezogen, beginnend
mit dem Antrag unter TOP 2.3 als weitergehendem Antrag.

Beschluss:

Den Ziffern 5 und 6 wird zugestimmt.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zur Ziffer 10 (Vergnügungssteuer Tanz) liegen Anträge Dr.-Nr. 9199/2020-
2025 (TOP 2.9) der Koalition, Dr.-Nr. 9207/2020-2025 (TOP 2.17) der CDU
und Dr.-Nr. 9218/2020-2025 (TOP 2.28 Ziffer 3) der FDP vor. Die Beratung
der Anträge wird vorgezogen, beginnend mit dem Antrag unter TOP 2.17.

Beschluss:

**Der Ziffer 10 der Veränderungsliste Ergebnisplanung wird zuge-
stimmt.**

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Ziffer 49 (Youschool) liegt ein Antrag Dr.-Nr. 9199/2020-2025 (TOP 2.6) der Koalition vor, der gemeinsam mit Ziffer 49 beraten wird. Dem TOP 2.6 wird mit einer Ergänzung zugestimmt: somit wird für die Ziffer 49 abweichend ein Ansatz i. H. v. 150.000 € für die Jahre 2025 bis einschließlich 2028 beschlossen.

Beschluss:

Der Ziffer 49 der Veränderungsliste Ergebnisplanung wird in Höhe eines Ansatzes von 150.000 € für die Jahre 2025 bis 2028 zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Der Ziffer 211 der Veränderungsliste Ergebnisplanung wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Ziffer 212 liegt ein Antrag Dr.-Nr. 9200/2020-2025 (TOP 2.10) der Koalition vor, und in Bezug auf die organisatorische Zuordnung ein Antrag Dr.-Nr. 9202/2020-2025 (TOP 2.12) der CDU vor. Die Beratung der Anträge wird vorgezogen.

Dem TOP 2.10 wird mehrheitlich zugestimmt, somit werden für die Ziffer 212 abweichend 48.000 € jährlich für 0,8 VZÄ beschlossen.

Beschluss:

Der Ziffer 212 der Veränderungsliste Ergebnisplanung wird in Höhe eines Ansatzes von 48.000 € jährlich zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Ziffer 164 liegt ein Antrag Dr.-Nr. 9191/2020-2025 (TOP 2.4) der Koalition vor. Die Beratung wird vorgezogen.

Dem TOP 2.4 wird mehrheitlich zugestimmt, somit wird für die Ziffer 164 abweichend eine Erhöhung des Integrationsbudgets um 2.000 € jährlich beschlossen.

Beschluss:

Der Ziffer 164 der Veränderungsliste Ergebnisplanung wird in Höhe eines Ansatzes von 2.000 € jährlich zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Ziffer 202 liegt ein Antrag Dr.-Nr. 9201/2020-2025 (TOP 2.11) der Koalition vor. Die Beratung wird vorgezogen.

Beschluss:

Der Ziffer 202 der Veränderungsliste Ergebnisplanung wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Anlage Stellenplan:

Zu Ziffer 96 der Veränderungsliste Stellenplan (Stelle 360 11 145) beantragt Herr Klaus abweichend das Anbringen eines KW-Vermerks 2027.

Beschluss:

Der Ziffer 96 der Veränderungsliste Stellenplan wird mit einem KW-Vermerk 2027 zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Beschluss:

Der Ziffer 97 der Veränderungsliste Stellenplan wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2 Beratung und Beschlussfassung der eingegangenen Anträge

Siehe TOP 2.1-2.29

Zu Punkt 2.1 Antrag der Koalition und der CDU zur Übernahme von Entsorgungskosten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9192/2020-2025

Frau Mamerow verweist auf die prekäre Situation der Lebensmittelausgaben angesichts der stetig steigenden Zahl an Bedürftigen.

Herr Brüntrup ergänzt, dass der Betrag von 15.000 € ein Maximalbetrag sei, der auf einer Abfrage beruhe und man beabsichtige, diesen am Jahresende zu evaluieren.

Herr vom Braucke erklärt, er sehe ein Missbrauchsrisiko durch Supermärkte, die auf diesem Wege dann Lebensmittel entsorgen könnten und damit der eigenen Gebührenpflicht entgingen.

Diese Sorge wird von Herrn Prof. Dr. Öztürk und Frau Mamerow ausdrücklich nicht geteilt. In den Ausgabestellen werden die Spenden sortiert und zugeteilt. Der Anteil der wegzuerwerfenden Lebensmittel sei erfahrungsgemäß äußerst gering.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Stadt Bielefeld übernimmt ab sofort die Kosten für die Abfallsorgung (Bio- und Restabfälle) für die gemeinnützigen Lebensmittelausgabestellen in Bielefeld. Dafür wird eine Summe von 15.000€/p.a. im Budget des Amtes 500 bereitgestellt.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 2.2

Antrag der Koalition und der CDU zur Leitstelle Feuerwehr

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9193/2020-2025

Frau Mamerow verweist auf die Ausführungen von Herrn Majewski im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zur personellen Situation bei der Feuerwehr. In Kenntnis der Einsatzzeiten sei diese Aufstockung beantragt worden.

Herr Henrichsmeier bestätigt, dass der Rettungsdienstbedarfsplan Zeiten vorsehe, die man angesichts der gestiegenen Zahl an Einsätzen – vor allem der Rettungswagen – weiter einhalten wolle und sich unter Nutzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen auf den Weg begeben.

Herr vom Braucke erklärt, er könne dem Antrag nicht zustimmen, da man perspektivisch mit Leitstellen der benachbarten Kreise zusammenarbeiten und dadurch entstehende Synergien nutzen solle. In diesem Sinne wünsche er sich Vorschläge der Verwaltung.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

- 1. Die 3,7 Stellen in der Leitstelle der Feuerwehr (Refinanzierung zu 60 % über Rettungsdienst-Gebühren) werden in den Stellenplan**

2025/2026 des Feuerwehramtes aufgenommen. Entsprechende Anpassungen beim Personalaufwand und der refinanzierenden Ertragsposition sind im Haushaltsplan vorzusehen.

- 2. Der weitere Stellenbedarf im Einsatzdienst (7,0 Stellen mD) zur Umsetzung des beschlossenen Brandschutzbedarfsplans soll sukzessive bis 2027 unter Nutzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen wie z. B. Umschichtungen oder überplanmäßige Personaleinsätze realisiert werden. Die überplanmäßigen Einsätze sollen möglichst mit dem Stellenplanverfahren 2027 in Planstellen überführt werden.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.3

Antrag der Koalition und der CDU zum Rats-TV

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9194/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.27 beraten.

Herr Brüntrup erläutert, dass das RatsTV aufgrund der geringen Zugriffszahlen nicht fortgeführt werden solle. Der notwendige Aufwand und die benötigten Finanzmittel spiegeln sich in den Zugriffszahlen nicht wider.

Der Antrag der FDP werde abgelehnt, da auch der Einsatz einer Webcam nicht so einfach wie dargestellt realisiert werden könne.

Herr Prof. Dr. Öztürk ergänzt, dass ein Grund für das Pilotprojekt gewesen sei, noch transparenter zu sein. Die sehr geringen Zugriffszahlen zeigten jedoch, dass das Angebot nicht wie erwartet angenommen werde. Es sei aber für die Öffentlichkeit weiterhin möglich, bei den Ratssitzungen dabei zu sein. In anderen Kommunen sei es ähnlich gelaufen. Das Geld könne besser an anderer Stelle eingesetzt werden.

Herr Kneller schließt, sich dem Antrag der FDP an. Er frage sich, warum man nicht den YouTube-Kanal nutze, um mehr Personen zu erreichen. Er halte den Einsatz einer Webcam für möglich. Es würde ausreichen, nur das Rednerpult zu zeigen, ansonsten könne die Sitzung akustisch verfolgt werden. So wäre es auch kein großer Kostenfaktor.

Zum Antrag der FDP (TOP 2.27) erläutert Herr vom Braucke, er bedauere, dass Koalition und CDU die Maßnahme zurücknehmen wollten, da dies einen Rückschritt in Bezug auf Digitalisierung und Transparenz bedeuten würde. Man müsse pragmatischer werden und auch Dinge machen, die nicht bis ins letzte durchdekliniert seien. Er sei sicher, dass die Übertragung der Ratssitzungen in der Zukunft wiederkommen werde, da es ein guter Weg sei, mit dem sich Bürger informieren könnten. Es wäre seiner Ansicht nach ein Leichtes, dies über den Weg einer Webcam auf dem Rednerpult zu ermöglichen.

Herr Gugat bezeichnet den Vorschlag von CDU und Koalition ebenfalls als Rückschritt in Bezug auf Transparenz. Im Jahr 2024 solle es eine Selbstverständlichkeit sein, diese Form von Transparenz zur Verfügung zu stellen. Das gewählte System sei fehleranfällig und technisch schlecht umgesetzt und daher nicht attraktiv gewesen. Er verweise auf das Angebot des Bundestages, das man als Premiumvariante bezeichnen könne. Qualität und Aussagekraft von kurzgefassten Ergebnisprotokollen würden aus seiner Wahrnehmung nachlassen; auch die Zahl der aktiven guten Journalistinnen und Journalisten würde geringer. Deswegen sei an dieser Stelle eine direkte ungefilterte Transparenz in Form des Rats-TV sehr wichtig.

Herr Klaus resümiert, dass das RatsTV technisch nicht ausgefeilt gewesen sei. Er sehe aber keinen Transparenzabbau. Es gebe 100 Zuschauerplätze im Saal. Jede und jeder Interessierte habe weiterhin die Möglichkeit die Sitzungen mit zu verfolgen. Die Zahl von 30-60 Nutzern, die zeitgleich RatsTV genutzt hätten, stehe in keinem Verhältnis zum Aufwand.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt die Einstellung von Rats-TV ab 2025. Die im Haushalt eingestellten Mittel werden eingespart.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.4

Antrag der Koalition Übernahme Mitgliedsbeiträge ECCAR

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9191/2020-2025

Auf Nachfrage von Herrn Prof. Dr. Öztürk, was gegen die Erhöhung des Ansatzes des Kommunalen Integrationszentrums für die Übernahme der Mitgliedsbeiträge für die ECCAR spreche, erläutert Herr Brüntrup, dass man seines Erachtens auch den Mitgliedsbeitrag in Höhe von 2.000 € aus den vorhandenen Mitteln tragen könne.

Herr vom Braucke erklärt, er sei ebenfalls inhaltlich für die Mitgliedschaft; diese würde aber aktuell schon bestehen, so dass es sich faktisch um eine Erhöhung des Integrationsbudgets handele.

Herr Rees führt aus, dass sich die Mitgliedskosten von 500 € bei Begründung der Mitgliedschaft auf jetzt 2.000 € erhöht hätten, die aus dem Budget des Integrationsrats (40.000 Euro/a) zu tragen seien. Mit der Erhöhung um 2.000 € folge man nicht dem Vorschlag der Verwaltung, der eine Erhöhung um 4.000 € (inklusive Teil einer Personalstelle) vorsehe.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der Ansatz des Kommunalen Integrationszentrums (Amt 170) wird um 2.000 Euro/a erhöht, damit der Mitgliedsbeitrag für die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) ohne Inanspruchnahme des Budgets des Integrationsrates bezahlt werden kann.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.5 Antrag der Koalition zu inklusiven Spielplätzen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9195/2020-2025

Herr Spieker verweist auf die jahrelange Diskussion zum Ausstattungsbedarf und zur Gestaltung entsprechender Spielplätze.

Herr Brüntrup verweist darauf, dass u. a. die „Aktion Mensch“ Mittel für diesen Zweck bereitstelle und er daher den Änderungsantrag stelle, Fördermöglichkeiten durch Dritte einzuwerben.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld (ISB) wird gebeten, ab dem Jahr 2026 jährlich einen Betrag von 50.000 Euro zur Förderung eines Programms zur Schaffung inklusiver Spielplätze in seinen Wirtschaftsplänen (inklusive entsprechender Refinanzierung durch Miete) vorzusehen. Des Weiteren sollen Drittmittel eingeworben werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.6 Antrag der Koalition zu youschool

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9196/2020-2025

Herr Klaus erläutert zum Antrag, dass youschool ein sehr erfolgreiches Projekt für „entkoppelte Jugendliche“ sei. Eine Abschaffung des Projektes käme nicht in Frage, aber ein Sparbeitrag werde eingefordert. Daher solle der Ansatz, der in der Vergangenheit 180.000 €/a betrage habe, auf 150.000 €/a reduziert werden. Der aktuell in der Veränderungsliste enthaltene Ansatz unter Ziffer 49 müsse entsprechend auf 150.000 € erhöht werden.

Herr Brüntrup plädiert für eine Ergänzung des Antrages. Das Projekt youschool werde gerne mitgetragen. Der Antrag solle um die Aufforderung an die Verwaltung ergänzt werden, eine Refinanzierung aus zukünftigen Programmen, beispielsweise EFRE, anzustreben.

Herr Klaus erklärt sein Einverständnis zu der Ergänzung.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der Haushaltsansatz für das Projekt youschool (PSP-Element 11.03.02.07.0200) wird ab 2025 bis einschließlich 2028 um 74.250 € auf dann 150.000 € erhöht und das Projekt damit abgesichert.

Die Verwaltung wird gebeten, für entfallende Drittmittel andere Mittel einzuwerben, damit möglichst auch in Zukunft externe Mittel zur Finanzierung des Aufwands beitragen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.7

Antrag der Koalition zum City-Management

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9197/2020-2025

Herr Klaus erklärt, dass es Ziel sei, die Innenstadt weiter attraktiv zu halten und man daher nach 2024 und 2025 auch für 2026 100.000 € vorsehe, auch, um die begonnenen Projekte abzusichern.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Zur Durchführung von Aktionen und Veranstaltungen in der Innenstadt zur Attraktivierung derselben werden Bielefeld Marketing auch für das Jahr 2026 100.000 € zur Verfügung gestellt. Die Durchführung des Abendmarkts ist inkludiert.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.8

Antrag der Koalition zu Pflegefachkräften

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9198/2020-2025

Herr Dr. Schmitz verweist darauf, dass man hiermit an die geplanten Maßnahmen des „Aktionsbündnisses Pflegegipfel“ anknüpfen wolle und die Chance sehe, Fachkräfte zu reaktivieren. Der Wiedereinstieg in den Pflegeberuf solle fachlich begleitet werden.

Herr Brüntrup erklärt, er könne die Begründung nachvollziehen, es habe aber bereits zwei Pflegegipfel zu diesem Thema gegeben und die Verwaltung sei mit der Entwicklung einer Kampagne beauftragt. Er sehe eher die Zuständigkeit beim inhaltlich zuständigen Sozial- und Gesundheitsausschuss.

Herr vom Braucke erklärt, ihm fehle die konkrete Zielrichtung. Er stelle sich die Frage der tatsächlichen Mittelverwendung und erwarte daher zunächst die Vorlage eines Konzeptes im Sozial- und Gesundheitsausschuss.

Herr Gugat sieht die Aufgabe der Politik nicht darin, Kampagnen zu beschreiben, sondern Ziele vorzugeben.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist darauf, dass auch bei vergleichbaren Sachverhalten zunächst Mittel bereitgestellt werden. Das extrem komplexe Thema erfordere lokale Lösungen, um Maßnahmen zu entwickeln.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Werbe- und Rückgewinnungskampagne für das Berufsfeld Pflegefachkraft zu entwickeln und gemeinsam mit Trägern von Kliniken und Pflegeeinrichtungen durchzuführen. Für diese Maßnahme wird im städtischen Haushalt 2025 eine Summe von 20.000 € eingestellt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.9

Antrag der Koalition zur Vergnügungssteuer Tanz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9199/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.17 und TOP 2.28 Ziffer 3 beraten und unter TOP 2.17 protokolliert.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

1. Der Erfahrungsbericht des Amtes für Finanzen und die Stellungnahme der Bielefelder Club- und Discothekenbetriebe zur Evaluation der gemachten Erfahrungen wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat der Stadt am 06.02.2025 die mit Ratsbeschluss vom 27.05.2021 modifizierte Satzung für die Vergnügungssteuer Tanz vorzulegen, um die Tanzsteuer zum schnellstmöglichen Termin wieder einführen zu können.

- mit Mehrheit beschlossen -

~*~

Zu Punkt 2.10 Antrag der Koalition Gesundheitsmanager

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9200/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.12 beraten.

Herr Dr. Schmitz erläutert, dass seit Jahren eine Unterstützung von Hausarztpraxen diskutiert wird, hieraus sei auch das Modell des Gesundheitsmanagers entstanden. Im März sei vom Sozial- und Gesundheitsausschuss eine Empfehlung zur Einrichtung einer Vollzeitstelle ausgesprochen worden. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation werde die Stelle eines Gesundheitsmanagers bei der Stadt nunmehr auf 0,8 VZÄ begrenzt.

Herr Brüntrup entgegnet, dass man seines Erachtens im Fachausschuss für eine Zuordnung bei der WEGE plädiert habe, da dort eine höhere Kompetenz vorhanden sei. Es sei sinnvoller, die Gewinnung von Fachkräften dort zu bündeln.

Herr vom Braucke vertritt die Auffassung, dass die Stelleninhalte noch zu unausgegoren seien, so dass er weder dem Antrag der Koalition noch dem Antrag der CDU zustimmen werde.

Herrn Gugat erläutert, dass er die Stelle anders interpretiere und daher auch eine Ansiedlung bei der WEGE favorisiere. Hier könne dynamischer und zielführender agiert werden.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, abweichend vom Beschluss der Dr.-Nr. 7697/2020-2025 die Etablierung eines Gesundheitsmanagers im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (Amt 530) ab 2025 im Umfang von 0,8 VZÄ (Hochschulabschluss) umzusetzen und die dafür benötigten Finanzmittel i. H. v. 48.000€ jährlich bereitzustellen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.11 Antrag der Koalition zur Leichten Sprache

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9201/2020-2025

Herr Spieker erläutert, dass in Deutschland viele Menschen auf leichte Sprache angewiesen seien; daher sollten für die Implementierung die benötigten Finanzmittel in Höhe von „nur“ 44.100 € bereitgestellt werden.

Herr Brüntrup stellt einen Änderungsantrag dahingehend, dass 15.000 € für eine technische Lösung bereitgestellt werden sollen. Man begrüße, dass „KI“ (künstliche Intelligenz) für die Implementierung der leichten Sprache eingesetzt werden solle, halte es aber für ausreichend, entsprechende Programme anzuschaffen und den Bearbeitenden zur Verfügung zu stellen.

Herr vom Braucke erklärt, diesem Änderungsantrag folgen zu können. Man solle zunächst mit einer App-Basisversion Erfahrungen sammeln.

Herr Gugat unterstützt ebenfalls den Änderungsantrag und wünscht eine zeitnahe Evaluierung.

Herr Dr. Schmitz verweist darauf, dass „KI“ auf Statistiken basiere und dies entsprechend wiedergebe. Hier sei aber Rechtssicherheit gefordert, die „KI“ seines Erachtens derzeit noch nicht bieten könne.

Herr Kneller konstatiert, dass Chat GPT in der Premiumversion pro User für 20 € monatlich zu bekommen sei. Den Betrag von 44.100 € könne er sich nicht erklären. Man solle zunächst maximal 15.000 € aufwenden und dann evaluieren.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Dr.-Nr. 8499/2020-2025 vorgeschlagenen Maßnahmen zur internen Lösung für Leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld zu implementieren und die dafür benötigten Finanzmittel i. H. v. 44.100 € jährlich bereitzustellen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 2.12 Antrag der CDU zur Zuordnung des Gesundheitsmanagers

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9202/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.10 beraten und unter TOP 2.10 protokolliert.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der in Drucksache 8505/2020-2025 vorgesehene Gesundheitsmanager wird entgegen der Vorlage nicht in der Verwaltung, sondern bei der WEGE angesiedelt.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 2.13 Antrag der CDU zur zukünftigen Haushaltsführung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9203/2020-2025

Herr Brüntrup skizziert, dass die jährliche Einplanung eines globalen Minderaufwandes nicht als langfristig angelegte Maßnahme angesehen werden solle. Man wünsche sich zeitnah eine Darstellung von konkreten Maßnahmen.

Herr Prof. Dr. Öztürk erklärt, man wolle zunächst im Doppelhaushalt Erfahrungen mit dem Instrument sammeln. Diese könnten dann in einem Eckdatenbeschluss Berücksichtigung finden.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Haushalt 2027 ein Konzept zur langfristigen Stabilisierung des Haushaltes sowie konkrete Einsparmaßnahmen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits und zur Vermeidung der Haushaltssicherung vorzulegen. Auf die Einstellung eines globalen Minderaufwandes soll hierbei verzichtet werden.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 2.14 Antrag der CDU zum Jahnplatztunnel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9204/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.24 beraten.

Der Tunnelankauf sei aus Sicht der CDU-Fraktion seinerzeit ohne Nachnutzungskonzept beschlossen worden. Auch gestalteten sich die Verhandlungen angesichts der Zeitdauer wohl schwierig. Da auch Folgekosten nicht eingeplant, aber zu finanzieren seien, schlage man einen umgehenden Abbruch der Verhandlungen vor.

Herr vom Braucke ergänzt, bezogen auf den Antrag unter TOP 2.24, dass auch er einen Ankauf einer für die Stadt wertlos scheinenden Immobilie ablehne.

Herr Klaus führt aus, dass man weiter daran festhalte, sich diese strategische Immobilie zu sichern. Auch er frage sich allerdings, warum sich die Verhandlungen so lange hinzögen und ob es hierfür Gründe gebe. Er erachte eine Information im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss für erforderlich und richte diese Bitte an Herrn Kaschel als Vertreter der Verwaltung.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verhandlungen zum Ankauf des Jahnplatzes werden abgebrochen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.15 Antrag der CDU zum Budget Klimabeirat

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9205/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.29 beraten.

Herr Brüntrup erklärt, man habe sich die Frage gestellt, wie auch angesichts der Haushaltslage mit externen Budgets künftig umgegangen werden solle, und sich zum Ziel gesetzt, diese in den städtischen Haushalt zurückzuführen.

Herr vom Braucke erläutert zu TOP 2.29, dass aus Einzelfallmaßnahmen keine messbaren Effekte für das Klima erkennbar seien. Manchmal sei Klimazielen viel mehr geholfen, wenn man DV oder andere Technologien fördere. Daher solle man das Budget streichen.

Frau Mamerow erklärt, dass der Klimabeirat als Bindeglied zwischen Stadtgesellschaft und Politik fungiere und eine gewisse Eigenständigkeit benötige. Das Ziel „Klimaneutralität“ sei nicht verhandelbar und man müsse sich dieser großen Herausforderung auf vielen Ebenen und auch mit Einzelmaßnahmen stellen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Budget des Klimabeirates wird in den regulären Haushaltsvollzug überführt. Maßnahmen zum Schutz des Klimas oder der Umwelt werden somit, nach Beschlussfassung des zuständigen Ausschusses für Umwelt und Klima, aus dem globalen Haushalt refinanziert.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 2.16 Antrag der CDU zu Personaleinsparungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9206/2020-2025

Herr Brüntrup verweist darauf, dass es Synergieeffekte seien, die man nutzen möchte. Ziel des aufgabenkritischen Verfahrens sei, dass der Personalaufwand nicht weiter steige.

Herr vom Braucke erklärt, er werde den Antrag unterstützen. Er sei schon immer ein Gegner der Baumschutzsatzung gewesen.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist darauf, dass die Verwaltung aufgrund des Eckdatenbeschlusses bereits entsprechend handle und aktuell gerade die Mehrstellen intensiv auf ihre Notwendigkeit und auf Refinanzierungsmöglichkeiten geprüft habe.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, durch ein aufgabenkritisches Verfahren sowie durch die konkrete Einsparung von überschneidenden und abkömmlichen Planstellen, den Personalaufwand zu reduzieren. Zu Letzteren zählen insbesondere die Stellen zur Bearbeitung der Baumschutzsatzung. In der Kommunikation der Dezernate ist zu prüfen, inwieweit das Presseamt der Stadt diese zentral übernehmen kann.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.17 Antrag der CDU zur Abschaffung Vergnügungssteuer Tanz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9207/2020-2025

Herr Brüntrup erläutert, dass der Umgang mit der Vergnügungssteuer bedauerlich gewesen sei. Zunächst habe die Steuererhebung seit Monaten geruht, die Steuer sei aber nicht abgeschafft worden und solle jetzt zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder erhoben werden. Bei Gesprächen mit den Clubbetreibern sei deutlich geworden, dass es hier um die Attraktivität Bielefelds gehe. Man erachte es als wichtig, ein Oberzentrum zu sein, das Kultur und Veranstaltungen anbiete. Letztendlich müssten die Veranstalter für die Steuer aufkommen und in ihre Preise einkalkulieren. Dies würde die Entscheidung für oder gegen Veranstaltungen in einer Stadt beeinflussen. Die Steuereinnahmen würden den Haushalt nicht retten, aber Einiges in der Szene kaputt machen.

Herr vom Braucke teilt die Kritik im Hinblick auf den Zeitablauf. Zum Antrag der FDP (TOP 2.28 Ziffer 3) führt er aus, dass es sich bei einer Wiedereinführung der Tanzsteuer um kein gutes Signal für Wirtschaftsakteure handele. Die Clubbetreiber würden sich viel Mühe geben, Konzepte zu erarbeiten sowie Partys und Events zu schaffen, die Bielefeld attraktiv machten und die auch über Ostwestfalen hinaus ausstrahlen würden. Andere Städte hätten die Steuer aufgrund des Verhältnisses von Aufwand und niedrigen Erträgen abgeschafft. Man könne ein wichtiges touristisches und wirtschaftliches Signal senden, schließlich würden auch die Clubbetreiber Gewerbe- und Grundsteuer zahlen. Eine Senkung der Steuerbelastung könne dazu führen, dass mehr Veranstaltungen stattfänden und so zu zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen führten.

Herr Spieker erläutert zum Antrag der Koalition (TOP 2.9), dass der Haushalt „auf Kante genäht“ sei und man daher auf die Einnahmen nicht verzichten könne. Die Mittel seien bereits im Haushalt enthalten und eine Streichung würde zu einer Lücke führen. Er weist darauf hin, dass es ein neues einfacheres Verwaltungsverfahren zur Erhebung gebe.

Herr Kneller führt aus, dass Personen, die für Veranstaltungen in die Stadt kämen, auch Getränke usw. konsumierten, was letztendlich auch Steuereinnahmen an anderer Stelle erhöhe. Er konstatiert, dass die erwarteten Einnahmen von 1,25 Mio. € in fünf Jahren im Vergleich zum Gesamthaushalt nur ein sehr geringer Betrag seien; auch entstehe ein Schaden im Wettbewerb mit anderen Städten. Dies alles könne dazu führen, dass der Schaden aus dem Wegfall von Sekundäreinnahmen höher sei als die Einnahmen aus der Tanzsteuer.

Nach Ansicht von Herrn Gugat sei die Argumentation für die Abschaffung der Steuer nicht wirklich nachvollziehbar, da man nicht wisse, welche Steuern anderenfalls nicht gezahlt würden. Auf der einen Seite würden die Einnahmen als gering eingestuft, auf der anderen Seite sei der Betrag so

hoch, dass man befürchte, dass Veranstaltungen, z.B. von EinsLive, deswegen nicht mehr in Bielefeld durchgeführt würden. Er betont, dass die Stadt auf die Einnahmen nicht verzichten könne. Die Wiedereinführung würde jedoch sicher nicht dazu führen, dass in Bielefeld keine Veranstaltungen mehr stattfänden.

Auch Herr Wiemer bekräftigt, dass ein Gesamtbetrag von 1,25 Mio. € nicht als gering anzusehen sei. Perspektivisch könne die Steuer seines Erachtens abgeschafft werden, aktuell gebe dies die Haushaltslage aber nicht her.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Nachdem die Stadt Bielefeld seit dem 01.05.2024 auf die Erhebung der Vergnügungssteuer verzichtet, wird diese zukünftig vollständig abgeschafft.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.18 Antrag der CDU zu Verkehrsmaßnahmen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9208/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.19 beraten.

Herr Brüntrup führt aus, dass der Verzicht auf die genannten Umbaumaßnahmen mit Blick auf die knappen Haushaltsmittel angezeigt sei.

Herr vom Braucke erklärt, er habe unter TOP 2.19 den Verzicht auf den Umbau des Johannistals vorgeschlagen, könne sich dem Verzicht auf die beiden hier genannten weiteren Maßnahmen aber auch anschließen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Konsolidierung des Haushaltes 2025/2026 umstrittene Verkehrsprojekte nicht weiter zu verfolgen. Hierzu soll insbesondere auf die Umbaumaßnahmen an der Heeper Str., auf die Umgestaltung des Johannistals sowie auf den zweiten Bauabschnitt an der Artur-Ladebeck-Straße verzichtet werden.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.19 Antrag der FDP zum Johannistal

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9209/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.18 beraten und unter TOP 2.18 protokolliert.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der Straßenumbau des Johannistals wird gestoppt. Die Mittel für den Umbau werden aus dem Haushalt genommen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.20 Antrag der FDP zu Anteilen Stadtwerke Gütersloh

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9210/2020-2025

Herr vom Braucke führt aus, dass die Betonung auf der Stärkung „unserer“ Infrastruktur liege und Anteile an Energieversorgern anderer Städte nicht zur Daseinsvorsorge der Stadt Bielefeld gehörten.

Herr Brüntrup führt aus, dass die EWG Werther kein eigenes Verwaltungspersonal besitze und er die Beteiligung als sinnvoll erachte.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt den Verkauf der 49,9 % bzw. 49 % Anteile der Stadtwerke Gütersloh und der Energieversorgung Werther. Der Verkaufserlös wird dem Haushalt der Stadt Bielefeld zum Ankauf von Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.21 Antrag der FDP zu Beteiligungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9211/2020-2025

Herr vom Braucke erläutert, dass sich nicht nur die Kernverwaltung, sondern auch die städtischen Töchter an der Haushaltskonsolidierung beteiligen sollten, da auch diese eine Verantwortung für die Stadt hätten.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist auf die unterschiedlichen Strukturen der Beteiligungen. So könne eine einheitliche Sparvorgabe für alle am Ende eine fatale Wirkung entfalten.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Beteiligungen der Stadt Bielefeld müssen sich an der Konsolidierung der Stadt beteiligen. Dazu werden alle unmittelbaren und mittelbaren Gesellschaften aufgefordert, 5 % der eigenen Kosten einzusparen und die Einsparungen an die Stadt Bielefeld abzuführen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.22 Antrag der FDP zur Nahverkehrsmobilität

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9212/2020-2025

Herr vom Braucke verweist auf die Negativ-Erwähnungen des aus diesem Budget finanzierten Fahrradvideos und den dadurch verursachten bundesweiten Imageschaden Bielefelds.

Frau Biermann entgegnet, dass Fehler passieren könnten, der größte Fehler ihres Erachtens jedoch darin bestünde, jetzt die Kommunikation einzustellen.

Herr Gugat konstatiert, dass man zwischen Film und Feier unterscheiden müsse.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Budget zur Nahmobilitätskommunikation wird gestrichen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.23 Antrag der FDP zum Haus des Handwerks

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9213/2020-2025

Herr vom Braucke verweist auf die Antragsbegründung. Man habe jetzt eine Alternative, den Seidensticker Campus.

Herr Klaus erklärt, an der Entscheidung festhalten zu wollen. Stoppe man das Projekt werde der Elternwille im Nachhinein mit Füßen getreten.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der Ankauf des Haus des Handwerks wird gestoppt. Statt im Gymnasium am Waldhof wird ein weiterer Zug im neuen Gymnasium am Seidensticker Campus geplant.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.24 Antrag der FDP zum Jahnplatztunnel

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9214/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.14 beraten.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Der Vertrag zum Ankauf des Jahnplatztunnels wird nicht unterzeichnet. Alle Bemühungen zum Ankauf werden sofort gestoppt.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.25 Antrag der FDP zum Stellendeckel

Beratungsgrundlage:

Herr vom Braucke erklärt, dass man sich immer die Frage stellen solle, wie man digitalisieren könne. In der Stadt Münster als auch bei der Sparkasse Bielefeld funktioniere eine derartige Herangehensweise. Er vermisse in der hiesigen Verwaltung ein entsprechendes Engagement. Zwingend notwendige Bedarfe könnten durch Neustrukturierungen bzw. Einsparungen in anderen Bereichen der Verwaltung realisiert werden.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist darauf, dass die Verwaltung jede Mehrstelle in Bezug auf Notwendigkeit prüfe. Ein derartiger Deckel führe zu deutlichen Veränderungen beim Serviceangebot. Das trage seine Fraktion nicht mit.

Herr Brüntrup und Herr Wiemer verweisen auf die gestern weitestgehend einstimmig beschlossenen notwendigen Mehrstellen. Die heutige Beschlussempfehlung bedeute eine Streichung von mehr als 100 Stellen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Mit dem Stellenplanentwurf 2025 werden die Stellenbedarfe der Verwaltung inkl. der Eigenbetriebe auf 5.840 VZÄ gedeckelt. Innerhalb dieses Stellendeckels können Mehrbedarfe durch Minderbedarfe grundsätzlich ausgeglichen werden. Die Verwaltung wird angewiesen, zwingend erforderliche Stellenmehrbedarfe (z. B. durch gesetzliche Anforderungen) kenntlich zu machen und durch Stelleneinsparungen in anderen Bereichen der Verwaltung auszugleichen. Durch die Realisierung von Stelleneinsparungen, u.a. im Zuge des digitalen Transformationsprozesses, wird der Stellendeckel sukzessive bis 2026 auf 5.800 VZÄ abgesenkt. Die Verwaltung berichtet dem Finanz- und Personalausschuss halbjährlich über den Verlauf des Prozesses.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 2.26 Antrag der FDP zur Radwegsanierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9216/2020-2025

Herr vom Braucke verweist auf das mit diesem Antrag verfolgte Ziel der Sanierung der maroden Radwege vor dem Aus- bzw. Neubau.

Herr Dr. Schmitz erklärt, er schließe aus dem letzten Halbsatz „bevor Straßen für den Autoverkehr zurückgebaut werden“ auf den eigentlichen Hintergrund des Antrages: keine Konkurrenz zum Autoverkehr. Die Koalition werde ablehnen.

Herr Brüntrup erklärt, dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen zu können. So sei beispielsweise der Neubau von Radwegen in Grünzügen zur besseren Erreichbarkeit nötig.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Alle Mittel zum Ausbau des Radverkehrs werden vollständig zur Sanierung der Radwege verwendet.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.27 Antrag der FDP zum Rats-TV

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9217/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.3 beraten und unter TOP 2.3 protokolliert.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

RatsTV wird auf eine günstige Webcam Lösung mit einer Kamera umgestellt. Dies wird auf einem Social Media Kanal wie beispielsweise Youtube übertragen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 2.28 Antrag der FDP zu Steuern

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9218/2020-2025

Ziffer 1, 2 und 4:

Zu Ziffer 1 hebt Herr vom Braucke hervor, dass die Lage für die Wirtschaft ernst sei und man mit einer Hebesatzsenkung bei der Gewerbesteuer auch die Attraktivität für die Ansiedlung neuer Unternehmen steigern könne. Zu Ziffer 4 stünden Aufwand und Ertrag bei der Zweitwohnungssteuer in keinem vernünftigen Verhältnis.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist darauf, dass man mit einer Hebesatzsenkung in der Haushaltssicherung stehe; dies sei unabhängig von den skizzierten positiven Mittelfristauswirkungen. Er frage sich, warum man die Stellen zur Gewerbesteuerprüfung abziehen solle. Es gebe viele andere Bereiche, in denen ebenfalls überprüft werde.

Herr Brüntrup stimmt der Einschätzung zur prekären Lage der Wirtschaft zu. Allerdings führe die Zufriedenheit der Wirtschaft dann bei der Stadt zum Gegenteil, da sie HSK-pflichtig werde.

Herr Dr. Schmitz schlussfolgert, dass, allein durch die Ertragsverluste aus der jährlichen Verminderung der Gewerbesteuer um 10 Punkte – ohne Berücksichtigung der Effekte zu Ziffer 2-4 – der städtische Haushalt sprichwörtlich „vor die Wand gefahren“ werde. Daher lehne er ab.

Herr Wiemer erklärt, dass ein Signal für die Wirtschaft, das mehr als 70 Mio. € koste und direkt ins HSK führe, für die Stadt wenig sinnvoll sei.

Herr vom Braucke entgegnet, dass in der Summe aller FDP-Anträge auch Einsparungen enthalten seien und man damit das Signal zugunsten der Wirtschaft hätte setzen können.

Ziffer 3 wird gemeinsam mit TOP 2.9 und TOP 2.17 beraten und unter TOP 2.17 protokolliert.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

- 1. Der Gewerbesteuerhebesatz wird für das Jahr 2025 von 480 auf 470 Punkte gesenkt. Für das Jahr 2026 ist ein Gewerbesteuerhebesatz von 460 Punkten vorzusehen. In der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Verminderung des Hebesatzes um jeweils 10 Punkte in den Jahren 2027, 2028 und 2029 einzuplanen.**
- 2. Die Stellen zur Gewerbesteuerprüfung werden umgewidmet und dem Rechnungsprüfungsamt zuzuordnen. Dort sollen diese eigenständig und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet potenzielle Effizienzerhöhungen bei den städtischen Prozessen und Ausgaben prüfen.**
- 3. Die veranstaltungsbezogene Vergnügungssteuer (Tanzsteuer) wird ab 2025 nicht mehr erhoben. Die Verwaltung wird angewiesen, eine entsprechende Änderung der Satzung zur Vergnügungssteuer vorzubereiten. (s. TOP 2.17).**
- 4. Die Zweitwohnungssteuer wird ab dem Jahr 2025 nicht mehr erhoben.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 2.29 Antrag der FDP zum Klimabeirat

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9219/2020-2025

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 2.15 beraten.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Budget für den Klimabeirat wird gestrichen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 3 Beschlussfassung zum Haushalts- und Stellenplan 2025/2026

Die Beschlüsse zu TOP 3.1 bis 3.5 erfolgen unter Einbeziehung aller gestern und heute beschlossenen Veränderungen sowie aller systemtechnisch noch erforderlichen Ab- und Verrechnungsläufe.

Zu Punkt 3.1 Beschlussfassung zum Stellenplan 2025/2026

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Stellenplan 2025/2026 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 3.2 Beschlussfassung zu den Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten bis 2029

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Ziele und Kennzahlen im Haushaltsplan 2025/2026 mit den Plandaten bis 2029 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 3.3 Beschlussfassung zum Finanzplan 2025/2026 mit den Plandaten bis 2029

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Finanzplan 2025/2026 mit den Plandaten bis 2029 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 3.4 Beschlussfassung zum Ergebnisplan 2025/2026 mit den Plandaten bis 2029

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Ergebnisplan 2025/2026 mit den Plandaten bis 2029 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 3.5 Beschluss der Haushaltssatzung 2025/2026

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2025/2026 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 4 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 05.11.2024**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 05.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5 **Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 6 **Anfragen**

Siehe TOP 6.1 und 6.2

Zu Punkt 6.1 **Anfrage der FDP-Fraktion FiPA 05.11. zu Lageberichten der Stadt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8964/2020-2025

Die Antwort auf die Anfrage wird zur Kenntnis genommen. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

Zu Punkt 6.2 **Anfrage zu einkommensabhängigen Steuern, Gebühren und Abgaben**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

-.-.-

Zu Punkt 7 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 8 34. Änderung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8897/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat die 34. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987 gemäß der Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

-.-.-

Zu Punkt 9 Betriebsfortsetzung der Schnellbuslinie S15 (Bielefeld – Enger – Spenge)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8841/2020-2025/1

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgte gemeinsam mit TOP 9.1.

Frau Grünewald unterstreicht, dass der BV Heepen wichtig sei, dass das Thema „Einrichtung einer Haltestelle an der Engerschen Str.“ weiterverfolgt werde.

-.-.-

Zu Punkt 9.1

Betriebsfortsetzung der Schnellbuslinie S15 (Bielefeld – Enger – Spenge)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 8841/2020-2025

und TOP 9, Drucksachennummer 8841/2020-2025/1

Beschluss:

Der Finanz-und Personalausschuss empfiehlt dem Rat – vorbehaltlich einer gleichlautenden Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses – folgende Betriebsfortsetzung zu beschließen:

1. Es wird ein Förderantrag für die Weiterführung des Schnellbusses S15 beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) über einen Förderzeitraum von drei Jahren (01.01.2025-31.12.2027) für die Stadt Bielefeld gestellt.
2. Die Aufgabenträgerin Stadt Bielefeld wird beauftragt, vorbehaltlich einer Förderzusage zusammen mit der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft (mhv) als Aufgabenträgerin für den Kreis Herford die Betriebsfortsetzung der Schnellbusverbindung S15 zwischen Bielefeld, Enger und Spenge ab dem 01.01.2025 mit der bereits bestehenden Linienführung und Haltestellenkapazität sowie einer Erweiterung der Schnellbusverbindung an Sonntagen zwischen den Monaten April bis Oktober zu veranlassen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

44. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung vom 23. November 1978

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8821/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 44. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld vom 23. November 1978 gem. der Anlage I (einschließlich Anlage zur Änderungssatzung – Änderungen des Straßenverzeichnisses –) zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

Zu Punkt 11

23. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19.12.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8823/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 23. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997, zuletzt geändert durch Satzung vom 18.12.2023 gemäß Anlage I zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

Zu Punkt 12

49. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung).

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8825/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 49. Änderungs-satzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung) gemäß Anlage I zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

Zu Punkt 13

6. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers "Christoph 13" vom 19.12.2003

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8969/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld – vorbehaltlich einer gleichlautenden Empfehlung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses – die sechste Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers Christoph 13“ vom 19.12.2003 gemäß Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

-.-.-

Zu Punkt 14

Verwendung des Jahresergebnisses 2023

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Siehe TOP 15.1 und 15.2

-.-.-

Zu Punkt 15.1 Information der Verwaltung zur PIA-Ausbildung

Die Information der Verwaltung ist im System eingestellt und wird zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 15.2 Information der Verwaltung zum Prüfauftrag Gebührenerlass

Die Information der Verwaltung ist im System eingestellt und wird zur Kenntnis genommen.
